

Laibacher Zeitung.

Nr. 53.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 5. März

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 fr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 24. Februar 1872,

womit die auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung erfolgte Repartition der zur Erhaltung des stehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatzreserve vereinbarten Rekrutencontingente genehmigt und die Aushebung derselben im Jahre 1872 bewilligt wird.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen:

Art. 1. Nach dem Ergebnisse der in beiden Staatsgebieten am 31. December 1869 auf gleichen Grundsätzen durchgeführten Volkszählung und mit Rücksicht auf die thatsächlich bereits erfolgte Uebernahme eines Theiles der Militärgrenze in die Civilverwaltung der Länder der ungarischen Krone (Gesetz vom 8. Juni 1871 (R. G. Bl. Nr. 49) entfallen von dem im § 11 des Wehrgesetzes vom 5. December 1868 festgestellten Kriegsstande des stehenden Heeres und der Kriegsmarine von 800.000 Mann auf die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder 470.784 Mann und auf die Länder der ungarischen Krone 329.216 Mann.

Art. 2. Die Aushebung der hienach auf die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder entfallenden Rekrutencontingente von 56.185 Mann für das stehende Heer und 5618 Mann für die Ersatzreserve, aus den vorhandenen Wehrfähigen der gesetzlich berufenen Altersklassen, wird für das Jahr 1872 bewilligt.

Art. 3. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird Mein Minister für Landesverteidigung betraut, welcher diesfalls mit Meinem Reichskriegsminister das Einvernehmen zu pflegen hat.

Ofen, am 24. Februar 1872.

Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p.

Horst m. p., Oberst.

Gesetz vom 23. Juli 1871,

womit eine neue Maß- und Gewichtsordnung festgestellt wird.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Art. 1. Die Grundlage des gesetzlichen Maßes und Gewichtes ist das Meter.

Das Meter ist die Einheit des Längenmaßes; aus demselben werden die Einheiten des Flächen- und des Körpermaßes abgeleitet.

Das Kilogramm, gleich dem Gewichte eines Kubikdecimeters destillirten Wassers im luftleeren Raume bei der Temperatur von + 4 Grad des hunderttheiligen Thermometers, bildet die Einheit des Gewichtes.

Die Untertheilungen der Maß- und Gewichtseinheiten, sowie deren Vielfache werden nach dem decimalen Systeme gebildet.

Art. 2. Als Urmaß gilt derjenige Glasstab, welcher sich im Besitze der k. k. Regierung befindet und, in der Achse seiner sphärischen Enden gemessen, bei der Temperatur des schmelzenden Eises gleich 999.99764 Millimeter des in dem französischen Staatsarchive zu Paris deponirten „Mètre prototype“ befunden worden ist.

Als Urgewicht gilt das im Besitze der k. k. Regierung befindliche Kilogramm aus Bergkristall, welches im luftleeren Raume gleich 999.9978 Milligramme des in dem französischen Staatsarchive zu Paris aufbewahrten „Kilogramme prototype“ befunden worden ist.

Art. 3. Die gesetzlichen Maße und Gewichte sind:

A. Längenmaße.

Einheit	das Meter
Untertheilungen: das Decimeter	gleich $\frac{1}{10}$ "
" Centimeter	" $\frac{1}{100}$ "
" Millimeter	" $\frac{1}{1000}$ "
Vielfache: " Kilometer	" 1000 "
" Myriameter	" 10.000 "

B. Flächenmaße.

- a. Allgemeine:
die Quadrate der Längenmaße;
b. besondere:
Bodenflächenmaße.
Einheit: das Ar gleich 1000 Quadratmeter.
Vielfaches: das Hektar gleich 100 Ar.

C. Körpermaße.

- a. Allgemeine:
die Würfel der Längenmaße;
b. besondere:
Hohlmaße.

Einheit: das Liter gleich 1 Kubikdecimeter.
Untertheilung: das Deciliter gleich $\frac{1}{10}$ Liter,
" Centiliter " $\frac{1}{100}$ "
Vielfaches: " Hektoliter " 100 "
D. Gewichte:

Einheit: das Kilogramm.
Untertheilungen: das Dekagramm gleich $\frac{1}{100}$ g.
" Gramm " $\frac{1}{1000}$ "
" Decigramm " $\frac{1}{10000}$ "
" Centigramm " $\frac{1}{100000}$ "
" Milligramm " $\frac{1}{1000000}$ "
Vielfaches: die Tonne " 1000 "

Art. 4. Das gegenseitige Verhältniß der neuen und der alten Maße und Gewichte wird für den Verkehr, wie folgt, bestimmt:

1 Meter	gleich 0.5272916 Wr. Klaftern.
1 " "	3 Fuß 1 Zoll 11 $\frac{280}{1000}$ P.
1 " "	1.286077 Ellen.
1 Kilometer	" 0.131823 österr. Meilen (Postmeilen).
1 Myriameter	" 1.1318229 Postmeilen.
1 Centimeter	" 0.094912 Faust.
1 Wiener Klafter	" 1.896484 Meter.
1 Fuß	" 0.316081 "
1 Elle	" 0.777558 "
1 öst. (Post) Meile	" 7.585936 Kilometer.
1 " " "	" 0.7585936 Myriameter.
1 Faust	" 10.53602 Centimeter.

Flächenmaße.

1 □Meter	gleich 0.278036 □Klaftern.
1 " "	10.00931 □Fuß.
1 Ar	" 28.80364 □Klaftern.
1 Hektar	" 1.737727 österr. Joch.
1 □Myriameter	" 1.737727 " □Meil.
1 □Klafter	" 3.596652 □Meter.
1 □Fuß	" 0.099907 " "
1 R. österr. Joch	" 57.54642 Ar.
1 " " "	" 0.5754642 Hektar.
1 österr. □Meile	" 0.5754642 □Myriameter.

Körpermaße.

1 Kubikmeter	gleich 1.146606 KubikKlaftern.
1 " "	31.66695 KubikFuß.
1 KubikKlafter	" 6.820992 Kubikmeter.
1 KubikFuß	" 0.03157867 Kubikmeter.

Hohlmaße für trockene Gegenstände.

1 Hektoliter	gleich 1.626365 Wr. Megen.
1 Liter	" 0.01626365 Wr. Megen.
1 Wiener Megen	" 0.6148682 Hektoliter.
1 " " "	" 61.48682 Liter.

Hohlmaße für Flüssigkeiten.

1 Hektoliter	gleich 1.767129 Wr. Eimer.
1 Liter	" 0.7068515 Wr. Maß.
1 Wr. Eimer	" 0.565800 Hektoliter.
1 Wr. Maß	" 1.414724 Liter.

Gewichte.

1 Kilogramm	gleich 1.785523 Wr. Pfund.
1 " "	1 Pfd. 25 $\frac{127}{1000}$ Loth.
1 Dekagramm	" 0.571367 Wr. Loth.
1 Tonne	" 1785.523 Wr. Pfund.
1 Kilogramm	" 2 Zoltpfund.
1 " "	2.380697 Apotheker-Pfund.
1 " "	3.562928 Wr. Mark Silberbergw.
1 Gramm	" 0.286459 Ducaten Goldbgw.
1 " "	4.855099 Wr. Karat.
1 " "	0.06 Postloth.
1 Wiener Pfund	gleich 0.560060 Kilogramm.
1 " Centner	" 56.0060 Kilogramm.
1 " Loth	" 1.750187 Dekagramm.
1 Zollcentner	" 50 Kilogramm.
1 Zoltpfund	" 0.5 Kilogramm.
1 Apotheker-Pfd.	" 0.420045 Kilogramm.
1 Wiener Mark Silbergewicht	" 0.280668 Kilogramm.
1 Ducaten Goldgewicht	" 3.490896 Gramm.
1 Wiener Karat	" 0.205969 "
1 Postloth	" 16.666667 "

Art. 5. Die im Art. 3 aufgeführten Maße und Gewichte sind vom 1. Jänner 1876 an im öffentlichen Verkehr ausschließlich anzuwenden.

Nach diesem Zeitpunkt ist der Gebrauch der bis dahin gesetzlichen Maße und Gewichte, an deren Stelle die eben genannten Maße und Gewichte treten, so wie

die Anwendung des Karates und des Delgewichtes im öffentlichen Verkehr untersagt.

Was jedoch die Anwendung der neuen Maße auf die Bemessung der Grundstücke anlangt, so ist die Regierung ermächtigt, den Termin der Einführung der neuen Maße nach Bedarf zu prolongiren.

Art. 6. Die Anwendung nicht gesetzlicher Maße, Gewichte und Meßapparate (Art. 5, 17, 18) im öffentlichen Verkehr wird, abgesehen von der allfälligen Behandlung nach dem Strafgesetze, nebst dem Verfall dieser Maße und Gewichte mit einer Geldstrafe von 5 bis 100 fl. geahndet. Eine Wiederholung der Uebertretung ist bei Bemessung der Strafe als erschwerender Umstand anzusehen. Die Geldstrafe fließt der Gemeindearmenklasse des Ortes zu, in welchem die Uebertretung begangen wurde.

Im Falle der Nichteinbringlichkeit der Geldstrafe tritt Haft im Verhältnisse von fünf Gulden zu Einem Tage an deren Stelle.

Art. 7. Bei Abwicklung von Verträgen, bei deren vor dem bezeichneten Termine (Art. 5) erfolgtem Abschlusse noch das alte Maß und Gewicht zu Grunde gelegt worden ist, hat die Umrechnung auf die neuen Maße nach dem im Art. 4 festgestellten Verhältniß zu erfolgen.

Art. 8. Die Anwendung der neuen Maße und Gewichte ist im öffentlichen Verkehr vom 1. Jänner 1873 an gestattet, wenn die Betheiligten hierüber einverstanden sind.

Dabei haben Gewerbsunternehmer, welche in einem öffentlichen Geschäftslocale Kauf und Verkauf betreiben, wenn sie das neue Maß und Gewicht anwenden wollen, dieses in dem Geschäftslocale durch Aufschrift ersichtlich zu machen und in demselben eine das Verhältniß des bisherigen zu dem neuen Maße und Gewichte darthnende Tabelle anzubringen.

Art. 9. Nach beglaubigten Copien des Urmaßes und Urgewichtes (Art. 2) werden die Normalmaße und Normalgewichte hergestellt und richtig erhalten.

Art. 10. Zur Ausführung der auf die Herstellung und Beglaubigung der Copien des Urmaßes und Urgewichtes, dann der Normalmaße und Normalgewichte, für die Ämter so wie überhaupt der auf die Durchführung dieses Gesetzes bezüglichen technischen Arbeiten und zur dauernden Aufrechterhaltung der Ordnung im Maß- und Gewichtswesen wird als technisches Organ eine k. k. Normalmischungs-Commission mit dem Sitze in Wien errichtet, welche allsogleich nach Verkündung der Maß- und Gewichtsordnung in Thätigkeit zu treten hat.

Art. 11. Zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr dürfen nur gehörig geachtete und gestempelte Maße, Gewichte und Waagen angewendet werden.

Die Aichung und Stempelung der Maße, Gewichte und Apparate (Zimentirung) erfolgt durch hiezu bestellte öffentliche Aichämter, welche mit den erforderlichen Aichungsnormalen zu versehen sind.

Für die Aichung und Stempelung wird eine Gebühr eingehoben werden, welche mit Rücksicht auf die Landesverhältnisse im administrativen Wege festgesetzt wird.

Art. 12. Die in Fässern zum Verkaufe kommenden Weine, Biere und Sprite dürfen dem Käufer nur in solchen Fässern, auf welchen die Rauminhalt bildende Zahl der Liter durch vorschriftsmäßige Stempelung beglaubigt ist, überliefert werden.

Eine Ausnahme hievon findet nur bezüglich solcher außerösterreichischen Weine, Biere und Sprite statt, welche in den Originalgebünden weiter verkauft werden.

Art. 13. Zur Aichung und Stempelung werden nur die folgenden Maße und Gewichte zugelassen:

Längenmaße:

20, 10, 5, 4, 2, 1 Meter,
5, 2, Decimeter.

Hohlmaße:

100, 50, 20, 10, 5, 2, 1 Liter,
5, 2, 1 Deciliter,
5, 2, 1 Centiliter.

Zulässig ist ferner die Aichung und Stempelung des Viertelhektoliter so wie fortgesetzter Halbierungen des Liter.

Gewichte:

20, 10, 5, 2, 1 Kilogramm,
50, 20, 10, 5, 2, 1 Dekagramm,
5, 2, 1 Gramm.

Den zum Verlaufe mit Gold- und Silberwaaren und als Medicinalgewichte dienenden Gewichtsfäden sind noch die Stücke von 50, 20, 10, 5, 2, 1 Centigramm, dem Münz- und Juwelengewichte noch die Gewichtsfäden von 5, 2 1 Milligramm beizugeben.

Für Decimalwagen ist das geringste Gewichtsfaden 1 Gramm, für Centesimalwagen 1 Dekagramm.

Zur probeweißen Gewichtsbestimmung des Getreides werden als Probegewichte Gewichtsfäden von 100, 40, 20, 10, 4, 2, 1, 0.4 und 0.2 Gramm angewendet, welche das Tausendtheil ihres Gewichtes, d. i. beziehungsweise 50, 20, 10, 5, 2, 1, 0.5, 0.2, 0.1 Kilogramm repräsentieren. Als Probemaß dient ein Hohlmaß (Probe-Hektoliter), dessen Inhalt dem fünfhundertsten Theile eines Hektoliters gleichkommt.

Art. 14. Die bei der Aichung und Stempelung der Maße und Gewichte zulässigen Abweichungen von dem wahren Werthe werden im Verordnungswege festgesetzt werden.

Art. 15. Die zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehre dienenden Maße und Gewichte sind von den Besitzern periodisch in den durch specielle Vorschriften festgestellten Terminen der neuerlichen Aichung zu unterziehen.

Die Anwendung von Massen und Gewichten im öffentlichen Verkehre, deren Abweichungen von dem wahren Werthe größer sind, als die gesetzlich zulässigen (Art. 14), wird nach den Bestimmungen des Art. 6 geahndet.

Art. 16. Die verschiedenen, im Art. 13 angeführten Kategorien von Gewichten haben sich durch ihre Form leicht kennbar zu unterscheiden.

Art. 17. Die als dynamische Maßeinheit in der industriellen Mechanik dienende sog. Pferdekraft wird mit 75 Kilogramm-Meter, d. i. 75 Kilogramm in der Secunde ein Meter hoch gehoben, festgestellt.

Dieses Ausmaß ist im öffentlichen Verkehre bei Beurtheilung der Leistungsfähigkeit einer Kraftmaschine oder eines Motors und bei Entscheidung streitiger Fälle zu Grunde zu legen.

Art. 18. Im öffentlichen Verkehre dürfen nur gehörig gestempelte Alkoholometer, Saccharometer und Gasmesser verwendet werden.

Neue Gasmesser sind vom 1. Jänner 1873 an in Gemäßheit der Bestimmungen dieses Gesetzes einzurichten.

Art. 19. Der Gebrauch der Seemeile, gleich dem sechzigsten Theile eines Aequatorialgrades, so wie die durch das Gesetz vom 15. Mai 1871, R. G. Bl. Nr. 43, eingeführte Schiffsonne im Schiffsverkehrslehre zur See wird durch dieses Gesetz nicht berührt.

Art. 20. Die Zusammensetzung und der Geschäftskreis der k. k. Normalaichungs-Commission, die Instruction für die öffentlichen Aichämter, der Vorgang bei der Aichung und Stempelung der Maße und Gewichte, die Form, Construction und Signatur der Maße und Gewichte werden durch besondere Vollzugsvorschriften geregelt.

Art. 21. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Handelsminister betraut.

Wien, am 23. Juli 1871.

Franz Joseph m. p.

Hohenwart m. p.

Schaeffle m. p.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren: Anton Grafen Attems, Adolf Ehrenzweig, Emil Regen, Joseph Strizko und Dr. Joseph Wichtoff die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma: „Universale,“ Wiener Rückversicherungsbank (L'Universelle, Banque des Réassurances à Vienne) mit dem Siege in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen über die bisherige Action des Reichsrathes und der Regierung.

Die Wiener Blätter beschäftigen sich vorwiegend mit Betrachtungen über den bisherigen Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen und die von der Regierung hiebei entwickelte Thätigkeit. Die verfassungstreue Presse constatirt hiebei, daß die gemeinsame Thätigkeit des Reichsrathes und der Regierung durchaus patriotischen Zielen zuwendet ist und die bisherigen Erfolge einen weiteren günstigen Verlauf der inneren Reformarbeit, vor allem aber die endliche Versöhnung mancher noch divergirenden Anschauungen und Interessen versprechen. „Die Ergebnisse der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses und des Verfassungsausschusses — schreibt die „Neue Freie Presse“ — sind bisher sehr befriedigender, weil positiver Natur. Dem Erfolge der Regierung im Abgeordnetenhause steht ihr Erfolg im Verfassungsausschusse zur Seite. Sie beherrscht im gegenwärtigen Augenblicke die politische Lage und macht von dieser Macht im Interesse der Lösung der staatsrechtlichen Wirren und der Befestigung der Verfassung entschlossen Gebrauch. Das Nothwahlgesetz, der erste Programmpunkt, wurde dem Abgeordnetenhause abgewonnen, und jetzt läßt sich Alles darnach an, um ein

Gleiches bezüglich des galizischen Ausgleiches erwarten zu dürfen. Der Verfassungsausschuß ist in der Berathung des Elaborates des Subcomité schon weit vorgeschritten und die volle Willensklarheit befundenen Erklärungen der Regierung haben bisher jedes Widerstreben beschwichtigt.“ Die „Neue Freie Presse“ weist im weiteren Verlaufe ihres Artikels auf die Schwierigkeiten hin, welchen die Regierung bei ihrer verständlichen Mission gegenüberstehe, indem die bisherige Haltung der Abgeordneten aus Galizien denselben die Sympathien der Verfassungspartei zuzuwenden wenig geeignet gewesen sei, und fährt in nachfolgenderweise fort: „Je unfreudiger, je widerwilliger, je zurückhaltender übrigens die Verfassungspartei der galizischen Frage gegenübersteht, desto höher ist es der Regierung anzurechnen, daß sie es dennoch vermag, diesem Ausgleich zunächst im Ausschusse eine Mehrheit zu gewinnen, welche die nöthige Zweidrittel-Mehrheit im Abgeordnetenhause so ziemlich sichert. Diese Thatfache zeigt, daß sie jene Vertrauensstellung im Hause hat, welche ihr die politische Führung und mit derselben die Ausführung ihres Programms gestattet. Es ist kein Zweifel, daß dasjenige, was sich jetzt zu Gunsten der Polen zu vollziehen beginnt, von keiner anderen Regierung mit einiger Aussicht auf Erfolg unternommen werden könnte.“

Die „Presse“ constatirt die Zerkahrenheit, welche unter den Verfassungsgegnern eingebrannt sei, kennzeichnet dieselbe als ein Symptom des erschütterten Vertrauens derselben zu ihrer eigenen Sache und gibt der Zuversicht Ausdruck, daß das Vorgehen der Regierung auf dem bisher eingeschlagenen Wege ruhiger und besonnener Eindämmung aller verfassungs- und reichsfeindlichen Bestrebungen diese Zerkahrenheit nur steigern müsse.

Das „Neue Fremdenblatt“ faßt den bisherigen Erfolg der Thätigkeit des Ministeriums in die nachfolgenden Worte zusammen: „Wenn es ein Verdienst ist, sich selbst treu zu bleiben, so darf unser Ministerium dies Verdienst für sich in vollem Maße in Anspruch nehmen. Seitdem das Programm des Ministeriums in der Thronrede feierlich verkündet worden, ist dasselbe auch thatsächlich die Richtschnur für alle Actionen der Regierung geblieben. Und indem sie daran mit aller Entschiedenheit festhielt, wußte sie sich zugleich die parlamentarische Unterstützung zu sichern und zu erweitern. So sehen wir den Regierungsgedanken immer festeren Boden gewinnen, und Vertrauen — das erste Kind des Erfolges — kehrt allmählig in unsere Reihen zurück, ermutigt die Schwachen und Schwankenden und erschreckt die Gegner. Eine Frage nach der anderen sehen wir der Lösung entgegengehen: der Reichsrath ist durch das Nothwahlgesetz gesichert, das Budget wird ohne finanzielle Schwierigkeiten der Erledigung zugeführt, die galizische Frage, die eigentlich nie eine Frage war, ist in wenigen Ausschusssitzungen rüstig vorwärts gebracht worden und auch die Wahlreform sehen wir in nicht allzu weiter Ferne winken.“

Ähnlich äußert sich die „Morgenpost.“ Das genannte Blatt schreibt: „Die Erfolge des Ministeriums lassen sich nicht bestreiten; es beherrscht vollständig die Situation, und wir geben auch zu, daß die Schritte der Regierung auch in weiten Kreisen der Bevölkerung vielen Beifall finden.“ Das Vertrauen, fährt die „Morgenpost“ fort, kehre zurück und man sehe hoffnungsvoll der Beseitigung der politischen Schwierigkeiten entgegen. Diesen überraschenden Erfolgen gegenüber seien hauptsächlich zwei Thatfachen zu constatiren. Die erste bestünde darin, daß das Ministerium nicht die Dictate der Partei vollziehe, sondern auf der Führung der Verfassungspartei bestehe; die zweite Thatfache sei aber die, daß das Ministerium die Bahnen der Ausgleichspolitik betreten habe und den Landesinteressen eine besondere Sorgfalt zuwende.

Befriedigten Blickes läßt die Osmüger „Neue Zeit“ die Schritte der Regierung und die Verhandlungen des Reichsrathes Revue passiren, um zu dem Schlusse zu gelangen, daß, sobald auf der betretenen Bahn weiter geschritten werde, die ungeligen Verfassungswirren ihrem baldigen Ende entgegengehen. Das Ministerium habe bisher ein klares und bestimmtes Programm verfolgt, Sache der Partei, die mit dem Ministerium gehe, sei es, auch auf dem weiteren Wege demselben vertrauend und helfend zur Seite zu stehen. Die verfassungstreuen Vereine und die verfassungstreue Presse müßten es als ihre Pflicht betrachten, die gegnerischerseits gegen die Action des Ministeriums in Scene gesetzte Agitation unschädlich zu machen, damit die Regierung auf so geebener Bahn auch die weiteren Arbeiten zur Befriedigung der Parteien ausführen könne.

Der „Bester Lloyd“ führt die Behauptung aus, daß das Ministerium während der kurzen Zeit seiner Amtirung nicht nur allseitig an Vertrauen gewonnen habe, sondern auch schrittweises planmäßiges Vorgehen sich die Lösung der staatsrechtlichen Schwierigkeiten sicher gemacht. Ehedem seien Ausgleichsversuche nur dann unternommen worden, wenn die Regierung am schwächsten gewesen. Jetzt sei endlich die richtige Praxis zum Durchbruch gekommen. „Man setzt die Unterhandlungen fort, weil man das Gefühl der Stärke hat, weil man weiß, das Maß der Forderungen bestimmen zu können, weil man die Frage beherrscht und es nicht Noth hat, sich ihr unterzuordnen. Das System der Zwangslagen hat sich verkehrt und nicht die Regierung ist es heute,

die unter dem Drucke der Situation steht. Somit erzielt man etwas Besseres als die momentane Unbeschränktheit der Regierungsgewalt oder die Möglichkeiten eines formellen Ausgleiches; man erzielt die Möglichkeiten der wirklich, der materiellen Verständigung. Diese Möglichkeiten behauptet das Ministerium heute in der galizischen Frage und es ist nicht abzusehen, warum es sie nicht auch für die übrigen schwebenden Fragen eringen sollte.“

18. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 1. März.

Präsident R. von Hopfen eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Aueresberg; Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr von Lasser, Freih. de Bretis, R. v. Chlumetz, Dr. Glaser, Dr. v. Stremayr, Dr. Vanhans, Dr. Unger.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Zu Beginn der Sitzung wurde von Seite des Unterrichtsministeriums eine nachträgliche Creditforderung von 500.000 fl. zur provisorischen Unterstützung hilfsbedürftiger katholischer Seelsorger eingebracht.

Nach Verlesung der zahlreichen Petitionen beantwortet Se. Excellenz der Herr Handelsminister Dr. Vanhans die bereits erwähnten Interpellationen, wie folgt: Die Herrn Abgeordneten Dr. Menger und Genossen haben in der Sitzung des h. Hauses am 6ten Februar die Interpellation an mich gerichtet: 1. Ob ich den durch die Eisenbahntransport-Enquête festgestellten schweren Mängeln des Eisenbahntransport-Wesens für die Zukunft durch die Einbringung entsprechender Gesetzesvorlagen noch in dieser Session des Reichsrathes vorzubeugen gedenke? Ob ich hiebei die Arbeiten der Transport-Enquête, insbesondere das von derselben nach Muster des norddeutschen Betriebsreglements ausgearbeitete Betriebs-Reglement zu berücksichtigen gedenke? —

In ersterer Beziehung wird die Regierung durch die strengste Handhabung der bestehenden Gesetze und Verordnungen und durch verschärfte Ueberwachung des Bahnbetriebes die Interessen des Verkehrs zu wahren bemüht sein, so wie schon jetzt im einheimischen Transportwesen wesentliche Verbesserungen eingetreten sind, welche eine große Zahl von Uebelständen vorzubeugen geeignet sind. Unter den Enquête-Anträgen administrativer Natur nimmt unstreitig die Einführung eines neuen Reglements auf den österreichischen Bahnen die erste Stelle ein.

Nach getroffener Vereinbarung mit der k. ungarischen Regierung wird die k. k. Regierung nicht säumen, die entsprechenden Gesetzesvorlagen unverweilt der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Die Herren Dr. Hallwich und Genossen haben in der 16. Sitzung folgende Interpellation an die Regierung gerichtet: 1. Welche sind die Gründe der bisherigen Nichtdurchführung des Gesetzes vom 19. Juli 1871? 2. Ist gegründete Aussicht vorhanden, die der Durchführung dieses Gesetzes entgegenstehenden Schwierigkeiten baldigst zu beheben? 3. Wäre für den Fall der Weigerung der Actiengesellschaft der süd-norddeutschen Verbindungsbahn die nachgesuchte Concession für die von Reichenberg bis an die Landesgrenze und von Tarnopol nach Tannwald, resp. Gablonz-Gleichenberg, zu führende Locomotivbahn unter den ihr aufgetragenen Bedingungen zu übernehmen, die Regierung geneigt, mit thunlichster Beschleunigung einen neuerlichen Gesetzentwurf betreffend die Verleihung der Concession zum Baue und Betriebe der genannten Bahnen an einen oder mehrere andere Unternehmer, dem Abgeordnetenhause vorzulegen? —

Der Herr Minister findet zu erwiedern: Die Actiengesellschaft der süd-norddeutschen Verbindungsbahn hat vor Uebernahme der Concessionsverpflichtungen nach dem Gesetze vom 19. Juli 1871 für nothwendig erachtet, neuerliche Tracirungsarbeiten anzuordnen.

Diese neuerlichen Studien haben sich bis in den Spätherbst des vorigen Jahres verzogen. Nach eingeleiteten Verhandlungen hat endlich die süd-norddeutsche Verbindungsbahn die Erklärung überreicht, daß sie die im Sinne des Gesetzes vom 19. Juli 1871 ihr auferlegten Concessionsverpflichtungen übernimmt. Aufgabe der Regierung wird es nun sein, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf rasche Ausführung dieser beiden Bahnen zu dringen.

Hierauf ist die dritte Frage gegenstandslos geworden.

Auf die an die Regierung gestellten Fragen: 1. Ob die Regierung gesonnen sei, schon in der laufenden Reichsrathsession einen Gesetzentwurf hinsichtlich der dalmatinischen Eisenbahn einzubringen und 2. ob die Regierung nicht geneigt wäre, den Bau der genannten Eisenbahn in Angriff zu nehmen? erwiederte Se. Excellenz:

Die Regierung ist entschlossen, nach Vollendung der technischen Vorarbeiten eine die Sicherstellung der dalmatinischen Eisenbahn betreffende Gesetzesvorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen, was somit jedenfalls noch im Verlaufe der gegenwärtigen Session

geschehen wird. Erhält, wie ich hoffe, die erwähnte Gesetzesvorlage die Zustimmung der gesetzgebenden Factoren, so kann immerhin der Bau der dalmatinischen Eisenbahn noch vor Ablauf des gegenwärtigen Jahres in Angriff genommen werden.

Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen und deren erster Gegenstand, der Antrag des Abg. Jasinaki und Genossen betreffend den Gesetzentwurf, womit nähere Bestimmungen zum Art 94 der allgemeinen Wechselordnung vom 25. Jänner 1850 erlassen werden, einem Ausschusse von neun Mitgliedern zugewiesen.

Nach Vornahme der Wahl des Ausschusses zur Vorberathung des von der k. k. Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes, enthaltend Uebergangsbestimmungen zur Sicherstellung des erhöhten Friedensstandes der 25 Cavalerieregimenter, wird zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Herstellung einer aus Ober-Steiermark nach Salzburg und Nord-Tirol führenden Locomotiv-Eisenbahn übergegangen. Berichterstatter Szj; trägt den Bericht vor. In der Generaldebatte sprechen Dr. Keil und Graf Lamberg.

In der Specialdebatte beantragt Abg. Dr. Brestel einen Zusatz zu Art. 1 dahin lautend: „im letzteren Falle ist die Regierung ermächtigt, diese Bahn entweder als Ganzes oder in zwei Theile getheilt, und zwar Salzburg-Hallein-Bischhofshofen-Wörgl einerseits und Bischhofshofen-Septthal andererseits zu concessioniren.“

An der Debatte betheiligten sich die Abg. Wolfrum, Dr. Lipp, Baron Rübeck, Sr. Exc. der Herr Handelsminister, Berichterstatter Szj und v. Plener. Abg. v. Plener bringt in Vorschlag, den ersten Theil des von Dr. Brestel gestellten Antrages beizubehalten, ohne aber die Zahl der Theile oder deren Beschaffenheit näher zu bezeichnen, und beantragt demgemäß, der letzte Absatz des Artikels 1 habe zu lauten: „Im letzteren Falle ist die Regierung ermächtigt, die Linien entweder im Ganzen oder in Theile getrennt zu vergeben.“

Bei der Abstimmung wird Artikel 1 nach dem Ausschusseantrage mit dem Zusatzantrage Plener angenommen.

Zu Art. 2 rücksichtlich des Emissionscurses nehmen Abg. Gomperz, Dr. Herbst, Sr. Exc. Minister Hanhans und Berichterstatter Szj das Wort. Der Artikel 2 wird angenommen.

Die übrigen Artikel des Gesetzes werden in zweiter und über Antrag des Berichterstatters in dritter Lesung angenommen. Ebenso werden auch die vom Ausschusse beantragten vier Resolutionen ohne Debatte unverändert angenommen.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft und Präsident bringt noch einem ihm übergebenen Antrag des Abg. Dr. Steinbrecher und Genossen zur Verlesung, dahin lautend, das h. Haus wolle beschließen: Die durch das Gesetz vom 3. März 1868, Z. 17, bestimmten Gebühren- und Stempelbefreiungen treten auch bei solchen Tauschverträgen über der landwirthschaftlichen Benützung gewidmete Grundstücke ein, durch welche zwar keine unmittelbare Arrondirung, aber doch eine bessere Bewirthschaftung des Besitzes eines der tausenden Theile bewirkt wird.

Präsident bemerkt, daß er diesen Antrag auf die nächste Tagesordnung behufs erster Lesung setzen werde.

Hierauf wird die Sitzung um 2 Uhr 50 Minuten geschlossen.

Nächste Sitzung Montag, 4. März, Vormittags 11 Uhr.

Politische Uebersicht.

Salzburg, 4. März.

„P. N.“ vernimmt aus sicherer Quelle, daß der Justizminister in den letzten Tagen einen Gesetzentwurf über das strafgerichtliche Verfahren bei den Gerichtshöfen erster Instanz dem Hause vorlegen werde. Der Gesetzentwurf besteht aus 120 Paragraphen. Dieser Entwurf wurde von einer aus Capacitäten der sachmännischen Kreise gebildeten Enquete geprüft und von dieser wurde, wie „Naplo“ sagt, erkannt, daß es eine heilige Pflicht sei, dieselben je eher zum Gesetze zu erheben. Der Entwurf ist auch im Ministerrath einem gründlichen Studium unterzogen worden und hat auch bereits die Genehmigung Sr. Majestät erlangt. Der Justizminister wird im Einverständniß mit dem ganzen Cabinet die baldigste Verhandlung über denselben verlangen. „Wer sich hiegegen ausspricht,“ erklärt „Naplo“, „der versündigt sich an der Ehre seiner Nation. Hiezu müssen wir Zeit finden, dies können wir nicht für die nächste Legislatur belassen.“

Der deutsche Reichskanzler legte dem Bundesrathe ein Gesetz über den Gebrauch der Waffen des Militärs im Frieden vor. Dasselbe entspricht dem preussischen Gesetze von 1837. Nur im Falle der Noth, dann bei der Flucht von Arrestanten und bei Aufmärschen darf von den Waffen Gebrauch gemacht werden; im letzteren Falle nicht ohne Commando der Vorgesetzten.

In Berlin gibt man sich jetzt fast allgemein der Hoffnung hin, daß das Herrenhaus dem Schulaußsichtsgesetze in der Fassung, in welcher es aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen ist, zustimmen wird. Da die Stellung der Regierung von sämtlichen Dr-

ganen derselben, und insbesondere von dem Ministerpräsidenten, mit solcher Bestimmtheit und Entschiedenheit dargelegt worden ist, daß die Verwerfung der von dem Monarchen unterzeichneten Vorlage höchstenorts als ein Act directer Feindseligkeit gegen die Krone und deren Rathgeber aufgefaßt werden würde, so hält man es für unmöglich, daß diese Erwägung ohne maßgebenden Einfluß auf die lokalen Mitglieder des Herrenhauses bleiben könne. — Der Pairsklub im preussischen Herrenhause erfolgt vor der Berathung des Schulaußsichtsgesetzes entschieden nicht mehr. Es wird berechnet, daß bereits die Majorität der zur Abstimmung kommenden Mitglieder des Herrenhauses für die Regierungsvorlage einzutreten fest entschlossen sei, und daß ein anderer Bruchtheil sich wenigstens der Abstimmung enthalten oder wegbleiben wird, nachdem derselbe eingesehen, in welchem Grade die Regierung die Annahme des Gesetzes zu ihrer eigenen Sache gemacht hat.

Die Ausweise der bayerischen Staats-schuld, welche gegenwärtig von der Kammer geprüft werden, geben über die Finanzlage Baierns ein sehr erfreuliches Bild. — Der König amnestirte sämtliche französische Gefangenen, die noch in der Strafkast waren. Dieselben werden, mit Geldmitteln versehen, in die Heimat entlassen.

Nach in Berlin eingetroffenen Nachrichten wird der König von Württemberg am 7. März seine Reise nach St. Petersburg antreten, am 8. in Berlin eintreffen und sich direct nach dem im königlichen Schlosse für ihn bereit gehaltenen Zimmern begeben. Der Besuch des Königs am Berliner Hofe wird drei Tage andauern, und am 11. Abends wird der König seine Reise nach Petersburg fortsetzen.

Der Ständerath in Bern hat den Nationalraths-Beschlüssen, wonach Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse auf Verlangen von 50.000 Bürgern oder fünf Cantonen zur Volksabstimmung vorzulegen sind, unverändert beigestimmt.

Tagesneuigkeiten.

— Aus Pest wird gemeldet, Sr. Majestät werden im Verlaufe dieser Woche auf kurze Zeit nach Wien begeben und dann wieder nach Ofen zurückkehren. Ihre Majestät die Königin werden in der zweiten Hälfte des Monats März in Ofen erwartet, worauf sich das ganze Hoflager nach Gödöllö begeben wird. — Die königliche Familie von Dänemark ist, vom König Georg von Athen bis nach Korfu begleitet, über Korinth und Brindisi nach Rom abgereist.

— (Bischöfliche Conferenzen.) Der Erzbischof von Olmütz, der Bischof von Brann, die Bischöfe von Leitmeritz und Budweis, ferner der Bischof von Breslau werden am 12. d. M. in Prag eintreffen, um mit dem Cardinal Fürsten v. Schwarzenberg über die Congruenzfrage zu berathen.

— (Eisenbahn Gmunden-Ebensee.) Gestern ist über Antrag der Direction der Westbahn eine Abtheilung Techniker nach Gmunden zur Tracirung der Strecke Gmunden-Ebensee abgegangen und wird dieselbe so angelegt, daß ohne große Mehrausgabe die Bahn in eine breitspurige umgewandelt werden kann.

— (Ländlich-sittlich.) Wie der „Cittadino“ aus Triest berichtet, soll eine Obstverkäuferin am 29ten v. M. ihrem Sohne einen Verweis ertheilt haben. Der junge Herr wurde darüber so erbost, daß er seine Mutter beschimpfte, ein Messer zur Hand nahm, und sie damit verwunden wollte. „Cittadino“ äußert sein Erstaunen darüber, daß keiner der zahlreichen Zuschauer den „wüthenden Orkan“ durch einige Ohrfeigen zur Ruhe verwiesen hat.

— (Der Lloyd-Dampfer „Saturno“) ist mit der ostindisch-chinesischen Post am 2. d. um 1 1/2 Uhr Nachts in Triest angekommen.

— (Ein Monstre-Plaidoyer) hat vor kurzem der Attorney-General in dem Tiborn'schen Erbschaftsprocess vor einem englischen Gerichte gehalten; es dauerte volle 26 Tage.

Locales.

— (Tagesordnung) der am 7. d. Nachm. 5 Uhr stattfindenden Gemeinderathsitzung: 1. Lesung des letzten Sitzungsprotokolls. 2. Angelobung der neu ernannten Bürger. 3. Feststellung der Wählerlisten und der Wahltag für die heurigen Ergänzungswahlen. 4. Vorträge der Schulsection: a) über die Realschulrotationsrechnung pro 1871; b) über die Rechnung der k. k. Oberrealschuldirektion betreffend den Modellunterricht; c) in Betreff des Gebrauches der vom Schulbücherverlage aufgestellten und durch neue ersetzten slovenisch-deutschen Sprachbücher an den städtischen Volksschulen; d) über eine Rechnung der Direction der ersten städtischen Volksschule in Betreff eines Vorschusses aus den Jahren 1868 und 1869.

— (Die hiesigen Filiale der steiermärkischen Escompte-Bank) hat eine Uebersicht über die Geschäftsbewegung in den letztabgelaufenen zwei Monaten der Öffentlichkeit übergeben. Wer diese Nachweisung näherer Einsichtnahme würdigt, wird folgende Resultate wahrnehmen: 1. Totalsumme der Einlagen in Cheques und Kassenscheinen: mehr als viermalhundert tausend Gulden.

2. Totalsumme der Rückzahlungen bei obigen Rubriken: mehr als zweimalhundert tausend Gulden. 3. Der Kasienverkehr überstieg die Ziffer von 1 1/2 Millionen Gulden. 4. Wechsel-Escompte beinahe einmalhundert tausend Gulden. 5. Der Effectenverkehr erreichte beinahe die Höhe von 150.000 Gulden. — Diese Ziffern constatiren zur Evidenz den lebhaften Verkehr, die bereits gesteigerte Action und das Gedeihen dieses heimathlichen Geldinstitutes.

— (Die Angehörigen der hiesigen Gar-nison) werden mit Interesse vernehmen, daß nach den übereinstimmenden Meldungen der öffentlichen Blätter die Landwehr der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ihren Officiersstand auf erfreuliche Weise completirt. Zumeist sind es Staats- und Landesbeamte, welche solche Posten anstreben und auch erlangen, da die meisten der Competenten bereits in der Armee gedient haben. Neuerlich wurde wieder eine Anzahl von solchen Landwehrofficieren ernannt, und zwar hauptsächlich bei den niederösterreichischen Landwehrrückführern und den böhmischen, mährischen und galizischen Landwehr-Infanterie-Bataillons. Auch bei den Landwehr-Dragonern und Ulanen fanden die Ernennungen statt. Die größte Zahl der Ernannten erlangte die Lieutenant- und Oberlieutenant-Charge. Auch die ärztliche Branche wurde durch neuen Zugang verstärkt, und fanden namentlich mehrere Ernennungen von Landwehrmännern, welche mittlerweile den Doctorgrad erworben, zu Landwehrrassistenten mit Lieutenant-Charakter statt.

— (Aus dem Amtsblatte.) Kundmachung über die Erledigung einer Jakob von Schellenburg'schen Officiers-Witwen-Stiftung.

— (Theateranzeige.) Die Theaterdirection hat dem unermüdblich thätigen und in erster Linie in Liebshaberrollen beschäftigten Schauspieler Herrn J. Traut in Anerkennung seiner jederzeit dienstbereitswilligen Verwendung und in Rücksicht, daß auch seine Gattin Bühnenthätig ist, ein zweites Benefice eingeräumt. Diese Benefice-Vorstellung wird Donnerstag den 7. d. M. stattfinden. Herr Traut überrascht uns mit dem neuesten Lustspiele „Spielt nicht mit dem Feuer“ von G. zu Putlitz; er hofft uns einen vergnügten Abend zu verschaffen. Als Beigabe folgt eine einfache Scene „Das schönste Mädchen“, gesprochen vom Beneficianten. Die Theatersaison geht zur Neige; genießen wir also in vollen Zügen die Gaben, die uns im Tempel der Muse im Verlaufe der nächsten drei Wochen noch werden dargereicht werden.

— (Theaternachricht.) Reisel's Preislustspiel „Die Tochter Belials“ geht heute zum ersten male hier über die Bretter. Wir haben also heute einen genügenden Abend zu erwarten.

— (Theaterbericht.) Die Neugierde — „Morilla“ zu sehen und zu hören — ist gestern, wie uns erzählt wurde, in Folge eines hinter den Coulissen eingetretenen Sturmes und Gewitters nicht befriedigt worden. „Morilla“ soll aus Furcht vor Blitz und Donner den Rückzug angetreten haben, und mit ihr auch ein großer Theil des Publicums; denn „der Häßlichste bei Hofe“ war für „Morilla“ kein Ersatz.

— (Raub.) Der Landwirth und Gemeinderath Martin Sali aus Tschuschenhof, Bezirk Rudolfswerth, besuchte am 29. v. M. in Töplitz den Jahrmarkt, kehrte aus dem Rückwege in dem Wirthshause des Josef Gweto in Ober-Strascha ein, zechte in demselben in der Nacht vom 29. v. M. auf den 1. d. und trat um 4 Uhr früh in Begleitung des 55jährigen verheiratheten Knechters und Maurers Johann Kume aus Reife bei Ober-Strascha gegen Hrubovec zu die Heimreise an. Nachdem Sali und Kume ungefähr eine viertel Stunde mit einander gegangen, trennte sich Kume gegen Reife zu; als Sali gegen Lofe allein fortging, erhielt er plötzlich von rechts, wahrscheinlich mit einem eisernen Hammer, einen solchen schweren Schlag über die linke Seite seines Kopfes, daß er — Sali — sogleich bewußtlos zusammenstürzte. Er wurde im bewußtlosen Zustande am 1. d. um 7 Uhr Morgens von dem Grundbesitzer Anton Kreise von Sello aufgefunden und nach Hause gebracht. Sali hat nebst dem erwähnten Hammer noch andere schwere Verletzungen am Kopfe erhalten und wurde seiner Verletzung halber, in welcher sich eine Baarschaft von 75—80 fl. in Banknoten (1 à 50 fl., in 10 und 5 fl., und 1 à 1 fl.) befunden hat. Das k. k. Kreisgericht hat gegen die dringend verdächtigen Thäter die strafgerichtliche Amtshandlung bereits eingeleitet.

— (Der hiesigen Handels- und Geschäfts-welt) theilen wir das Calendarium über die im März l. J. im nachbarlichen Kronlande Kärnten stattfindenden Jahr- und Viehmärkte mit: Am 4. in Althofen, St. Leonhard, Obervella. Am 6. in Villach. Am 7. in St. Martin am Silberberg. Am 8. in Dürstein, St. Salvator. Am 11. in Althofen, St. Leonhard, Aritz, Spital. Am 12. in Millstatt, Lavamlind. Am 18. in Althofen, St. Leonhard, Hermagor, Windisch-Griffen. Am 19. in Ferlach, Oberstein. Am 22. in St. Andrä, Winklern, Rischach. Am 25. in Völkermarkt, Althofen, St. Leonhard, Weigenegg, Puffarnitz.

— (Landwirthschaftliche.) Wir theilen in Folgendem ein Mittel gegen die Euterentzündung der Kühe mit: Bei ganz frischer Euterentzündung sind ununterbrochene Bähungen von schwacher Soda- oder Potioschenlösung auszuführen. Die Lösungen dürfen nur einen ganz schwachen Laugengeschmack besitzen. Bei den Bähungen ist darauf zu achten, daß das Euter nicht erkaltet. Gewöhnlich werden während eines Tages die Bähungen auszuführen sein. Nach dem Sistiren der Bähungen wird das Euter

